

Landis & Gyr, Zug

Entlassungen und Reaktionen

Wie aus einem in der Region verwurzelten «Familienbetrieb» ein moderner Hightech-Betrieb gemacht werden soll, wird uns in Zug vor demonstriert. Das Vorgehen entspricht der alten Logik des real existierenden Kapitalismus: Die Profite müssen stimmen, die Kosten tragen die Arbeitenden. Die Entscheidung trifft das Management. Für das Auskurieren der Konsequenzen sind alle Beteiligten zur Mitarbeit aufgerufen. Und das alles ohne Klarheit darüber, ob die übriggebliebenen Arbeitsplätze tatsächlich gesichert sind.

Bruno Bollinger

«Der Elektrokonzern des Stephan Schmidheiny baut im Stammhaus 500 Stellen ab», meldete am 8. Oktober 1992 die «Weltwoche». Die Landis&Gyr-Verantwortlichen hielten auf Anfragen der Medien hin fest, dass sie «weder bestätigen, noch dementieren» können. «Wir wollen am damals bekanntgegebenen Fahrplan festhalten und Sie sowie die Sozialpartner und Medien in der Woche 43 über die beschlossenen Massnahmen und ihre Auswirkungen umfassend informieren», war der Wortlaut der internen Bekanntmachung an die Adresse der «lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter». Zwei Wochen später, am 23. Oktober 1992 gab die Konzernleitung bekannt, dass der Zählerbereich umstrukturiert wird, was zur Folge haben wird, dass Teile der Produktion nach Deutschland und nach Griechenland verlegt werden. Das bedeutet einen Abbau von 450 Arbeitsplätzen in Zug.

Eine lange Geschichte

Alles begann vor einigen Jahren, als die zwei Patrons der L&G, Andreas C. Brun-

ner und Gottfried Straub, beschlossen, die Leitung der Firma gemeinsam abzugeben. Sie hatten sich derart verkracht, dass keine andere Lösung mehr möglich war. Andreas C. Brunner war ein dynamischer, risikobereiter Unternehmer der Hochkonjunktur, der einiges an Neuem einführte, um die Lohnabhängigen besser bei der Stange zu halten. Die L&G war der erste Grossbetrieb der Schweiz, der eine Pensionskasse einrichtete, die gleitende Arbeitszeit einführte und die «Gewinnbeteiligung der ArbeitnehmerInnen» verwirklichte. Pionierin war sie auch in Bezug auf die Beteiligung der Belegschaft am Unternehmen. Andreas C. Brunner kreierte die sogenannten PPS (Private Partizipationsscheine); Proletenaktien, mit Zins, aber ohne Stimmrecht.

Andreas C. Brunner, Finanzdirektor und Präsident des Verwaltungsrates, fehlte an keiner Jubiläenfeier, wo er hemdsärmelig die Gratulationen überbrachte. Wer seit 25, 35, oder gar 50 Jahren zur L&G-Grossfamilie gehörte, bekam einen Extra-Monatslohn oder ein Goldvreneli ... und einen kräftigen Händedruck vom «Big Boss». Der Schwager Gottfried Straub gab aber A.C. Brunners offensiver Finanzpolitik die Schuld für die Schwierigkeiten des Betriebes. Als Panzeroberst liebäugelte er mit einer schärferen Gangart. Der Konflikt zwischen den beiden spitzte sich zu. Zudem stiess Straubs Militärstil auf Widerstand beim obersten Kader. So kam es, dass die beiden vereinbaren mussten, gemeinsam abzutreten, damit keine der zwei Familien sich zu grosse Vorteile für die Zukunft verschaffen konnte.

Das Problem der Nachfolge war mit aller Schärfe gestellt. Aus der Situation heraus war klar, dass keine der Familien alleine die Firma übernehmen konnte und das Vertrauen der anderen erhielt.

Schmidheiny kauft die L&G

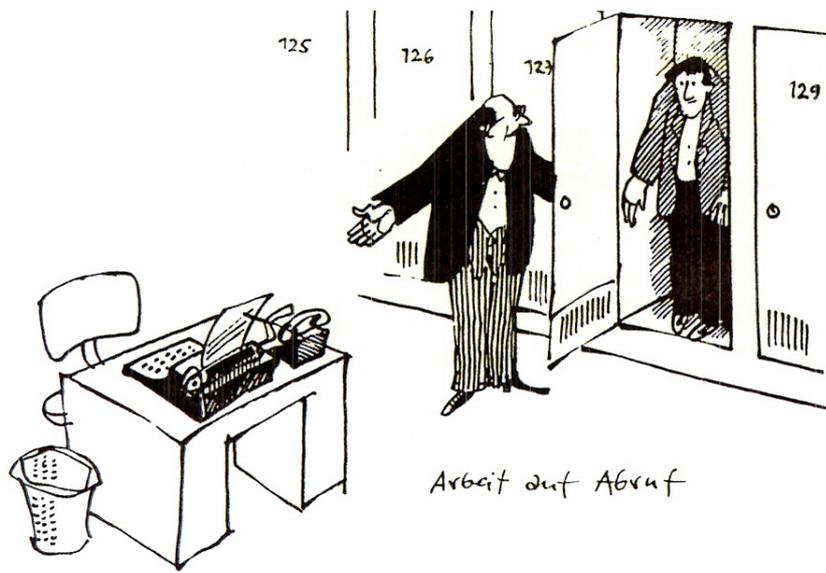
So kam es, dass im Dezember 1987 Stephan Schmidheiny die L&G kaufen konnte. Die bisherigen BesitzerInnen, allen voran A.C. Brunner, gingen davon aus, dass Schmidheiny die Unternehmenspolitik der L&G fortsetzen würde, dies insbesondere im Umgang mit dem Personal und bezüglich offener Informationspolitik über den Geschäftsgang.

Stephan Schmidheiny hielt sich aber nicht daran. Er setzte eigene Führungsleute ein, die alle Kader, die nicht spuren wollten, auswechselten. Noch nie ist es zum «Abgang» von so vielen Kaderleuten gekommen wie in den letzten fünf Jahren. Der Auftrag des neuen Managements war klar: Der Betrieb muss rentieren. Was keine Spitzenrendite versprach, sollte abgeschoben werden.

Bereits im August 1989 wurde das Unternehmenskonzept UK 2000 vorgestellt, das eine Aufteilung des Konzerns in fünf eigenständige Betriebe vorsah. Die dabei «notwendigen» Rationalisierungen werden weltweit 1000 Arbeitsplätze kosten. In Zug beträgt der Stellenabbau 350 Arbeitsplätze. Es folgten weitere Restrukturierungen. Im September 1991 verlautete, weitere 350 Stellen würden abgebaut.

Eine Kontrolle ist äusserst schwer, denn die Gewerkschaft ist nun mit fünf Betrieben konfrontiert, was einen Überblick sehr kompliziert. Hinzu kommt, dass seit einigen Jahren keine genaue Zahlen mehr über den Personalbestand im Werk Zug publiziert werden.

Fest steht, dass über 300 Stellen abgebaut wurden, jedoch lediglich eine Personalreduktion von 100 stattgefunden hat. Einerseits sind also Stellen abgebaut, andererseits Leute eingestellt worden.



Offener Brief an Schmidheiny

Als im Oktober die Meldung der «Weltwoche» veröffentlicht wurde, war die Reaktion der Betroffenen so heftig wie noch nie. Eine Vorstandssitzung des Zuger Gewerkschaftsbundes wurde zu einer öffentlichen Aussprache der Betroffenen. Zwei Tage vor der Veranstaltung verteilten prominente Zuger PolitikerInnen die Einladung vor den Eingängen der L&G. An die Aussprache kamen über 150 Leute. Der Saal war zum Bersten voll, einige fanden gar keinen Platz mehr. Unterdessen lief die Unterschriftensammlung für einen offenen Brief an Schmidheiny (s. Kasten). Er appelliert an die Erwartungen, die an den Kauf der L&G durch Schmidheiny geknüpft waren. Es ist bekannt, dass das Vorgehen des L&G-Managements bis tief in bürgerliche Kreise hinein mit Besorgnis verfolgt wird. Die Hoffnung, der Brief werde auch von bürgerlichen Persönlichkeiten unterschrieben, zerschlug sich aber bald, denn ausserhalb des links-grünen Lagers wagte dies niemand.

Der offene Brief wurde Stephan Schmidheiny geschickt und als ganzseitiges Inserat in den Zuger Nachrichten veröffentlicht. Die Reaktion der L&G-Führung war eine gehässige Tirade von Verwaltungsratspräsident Georg Krneta an der L&G-Presskonferenz. Der Brief sei an die falsche Adresse geschickt worden. «Der gesamte Verwaltungsrat ist zuständig, nicht ein einzelner Grossaktionär und Verwaltungsrat. Das wissen die Absender ganz genau.»

Bei dieser Gelegenheit holte Krneta auch gegen die zwei Zuger Regierungsräte Hanspeter Uster und Urs Birchler aus, welche die ganze Aktion unterstützt und an der Veranstaltung des Gewerkschaftsbundes teilgenommen hatten. Es sei Vertrauensbruch, dass die beiden Regierungsräte eine Behördeninformation vorzeitig veröffentlicht hätten. Dabei hatten beide klar festgehalten, dass sie bei der Behördeninformation der L&G nichts mehr als das zu hören bekommen hatten, was auch die Medien veröffentlichten.

Demonstration und Mahnwache

Am Freitag, 23. Oktober, meldete das L&G-Management den Abbau von 450 Arbeitsplätzen und die Auslagerung der Zählerproduktion nach Deutschland und Griechenland. Unterdessen hatte der SMUV beschlossen, eine Demonstration durchzuführen, an der CMV (Christlicher Metallarbeiterverband) und LFSA (Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer) mitmachten. Am Mittwoch, 28. Oktober, standen den ganzen Tag KollegInnen an den Toren der L&G Mahnwache. Am Abend nahmen bei strömendem Regen 200 bis 300 Personen an der Kundgebung teil. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten fand in Zug eine Demonstration gegen Entlassungen statt. In einem Kommentar gegenüber der SMUV-Zeitung hielt ich fest: «Es ist schon ein wenig enttäuschend, dass nicht mehr Leute gekommen sind. Wenn Massenentlassungen angekündigt werden, ist wohl die Betroffenheit am grössten, aber auch die Angst. Wir Gewerkschaften dürfen aber jetzt keine Ausreden finden, sondern selbstkritisch festhalten, dass wir es verlernt haben zu mobilisieren. Darum dürfen wir jetzt solche bescheidene Erfolge nicht als Entmutigung aufnehmen. Wir müssen sie als Herausforderung sehen, mit allen KollegInnen zusammen wieder eine gewerkschaftliche Kampfkultur aufzubauen, die sich vermehrt auf Mobilisierungen abstützt. Ansonsten werden wir dem Deregulierungs- und Abbaufeldzug der Unternehmerschaft nicht widerstehen können.» An den folgenden Versammlungen wurde von verschiedener Seite betont, dass die Kundgebung ein moralischer Erfolg war. Sie hat denjenigen, die gekommen sind, wieder Mut gegeben, und gezeigt, dass es möglich ist, sich zur Wehr zu setzen.

Offener Brief an Schmidheiny

«Nach dem ökologischen ist jetzt Ihr soziales Gewissen gefragt!»

«In der heutigen Krisensituation erwarten wir, dass Sie nun Ihre soziale Verantwortung wahrnehmen: Wir ersuchen Sie für die Entlassenen einen Sozialplan aufzustellen, der den üblichen Rahmen sprengt und für andere Schweizer Firmen als Modellfall gelten kann. Insbesondere erwarten wir ein grosszügiges, wegweisendes Modell der Frühpensionierung.

Die Verantwortung für die Entlassenen sollte nicht alleine auf den Staat und die Gewerkschaften abgeschoben werden: Als sozial denkender Unternehmer sollten Sie sich für jede(n) einzelne(n) Entlassene(n) solange verantwortlich fühlen, bis diese(r) wieder eine sinnvolle Beschäftigung gefunden hat. Lassen Sie den Direktbetroffenen mit Out-Placement, konkreter Hilfe bei der Stellensuche und -bewerbung, L&G-internen Übergangsbeschäftigungsprogrammen etc. aktiv helfen. Die Betroffenen sind nicht nur blossе Arbeitskräfte, sondern Menschen, die mit ihren Familien, um ihre Existenz bangen.»